

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
ämter, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
Pro biergebundene Zeilspalte 60 Pf.;  
für Verbandsmagazine 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf.; Verlagsan-  
kündigungen je 20 Pf. Privat-  
angelegenheiten der Betrag beizufügen

Nr. 8.

Berlin, den 21. Februar 1915.

31. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 8. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Die Organisation der Lebensmittelverföorgung.

Den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern braucht die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit zum Zwecke besserer Wirtschaftsführung nicht erst klar gemacht zu werden. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen erbringen nun schon seit Jahrzehnten Tag für Tag den Beweis für ihre Daseinsnotwendigkeit; unsere Zeit wäre ohne Gewerkschaft gar nicht zu denken. Immerhin steht neben der Notwendigkeit, die Arbeitskraft zu organisieren, die Pflicht, die Kaufkraft des Geldes, des erarbeiteten Lohnes, in die wirtschaftlich besten Bahnen zu lenken. Da will es scheinen, als ob noch manches geschehen könnte und müßte, damit nicht nur der wirtschaftliche Nutzen erzielt, sondern auch wirtschaftlicher Schaden mannigfacher Art verhütet werde. Die organisierten Arbeiter sind gewohnt, den Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei können sie nicht übersehen, daß im Warenhandel eine Ueberfüllung vorhanden ist, die an und für sich unnütz, letzten Endes zum Schaden der Warenverbraucher ausschlagen muß. Es ist äußerst notwendig, auf die warnenden Stimmen zu achten, die auf die Ueberfüllung im Warenhandel hinweisen. So erließ der Stadtrat Steinhorn in Wilmersdorf eine Warnung vor der Unterschätzung des überfüllten Warenhandels, indem er sagte:

„Wir leiden unter einer Ueberfülle von Detailgeschäften, die namentlich in der Lebensmittelverföorgung nicht zur Verbilgung beigetragen hat. Eine vollständige Systemlosigkeit herrscht in vielen Teilen des Lebensmittelhandels. Eine lebhaftere Tenierung, deren Ende noch nicht abzusehen, ist ferner, wie das tägliche Leben lehrt, auf vielen Gebieten außerhalb der Lebensmittelbranche eingetreten und trifft nicht nur den Arbeiter, sondern auch den Mittelstand und andere. Starke Rückschläge in der Lebenshaltung weniger Vermittelten sind unvermeidlich. Was das alles bedeutet, liegt auf der Hand, denn die hiervon ausgehenden Schatten reichen weit und schwächen oder töten gar manche bisher sichere Existenz.“

Das entspricht dem, was andere Einsichtige stets gesagt haben, wenn es auch die kleinen Händler nicht wahr haben wollen. Diese bestreiten, daß in der Ueberfüllung ihres Verufs die Hauptursache ihrer miffligen Lage zu suchen ist. Es fällt ihnen schwer, die richtigen Lehren aus jener Erscheinung zu ziehen. Solange sie diesen Lehren nicht zugänglich sind, ist es des andern Kontrahenten im Warenhandel, des Verbrauchers doppelte Pflicht, für die sehr notwendige Aufklärung über jene Erscheinung zu sorgen. Hier können besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich und anderen großen wirtschaftlichen Nutzen verschaffen, indem sie, die sonst stets gewillt sind, aus der Erfahrung die richtigen Lehren zu ziehen, für Aufklärung Sorge tragen. Die gesunde Folge wird der Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen sein, deren Stärke den Gewerkschaften und deren Mitglieberen unbestrittenermaßen wieder zugute kommt.

Die jetzige Kriegszeit ist ganz besonders geeignet, dem Warenverbraucher zu zeigen, welchen Vorteil der organisierte Konsum bietet, braucht er sich doch nur vor Augen zu halten, wie jetzt selbst der Staat eingreifen muß, um die Warenverföorgung in solche geordnete Bahnen zu lenken, die der privaten Warenverteilung fremd sind. Gedanken, um die sich früher ein nur kleiner Personenkreis gruppierte, betrachten jetzt in hohem Maße jene Gejeße, die dem deutschen Volke das wirtschaftliche „Durchhalten“ ermöglichen sollen. Ehrwürdig gewordene Begriffe werden als überflüssig beiseite gesetzt und neue Anschauungen bekommen mit einem Male hohen Kurswert. Der Staat selbst erklärt sich als der unmittelbare Sachwalter in der Frage der Ernährung jedes einzelnen Gliedes unseres Volkes; seine Verwaltungsanstaltungen treten in den Dienst der Nahrungsmittelbedeckung. Alle diese Gejeße, Verordnungen und Maßnahmen der Behörden erhalten ihre Ergänzung in Winken und Ratifschlägen, mit denen sich die Wissenschaft und die praktische Lebenserfahrung an den Einzelnen wenden. Es wird die Notwendigkeit einer Veränderung der Ernährungsweise bewiesen und Sparjamkeit im Verbrauch der Nahrungsmittel empfohlen. Mündliche und schriftliche Aufklärung über wirtschaftliche und Haushaltungsfragen folgen sich auf dem Fuße, manchmal ergänzt durch die praktische Uebung. Man kann sagen, es wird der Versuch gemacht, eine organisierte Lebensmittelverföorgung gewissermaßen aus dem Boden zu stampfen.

Alle diese Bemühungen sind ohne jeden Zweifel notwendig, aber man darf sich nicht über das Maß ihrer Wirkung täuschen. Diese Bemühungen stellen den Versuch einer Organisation der Lebensmittelverföorgung von oben her dar, dem ein Erfolg sicher beschieden sein wird, aber ausreichend wird dieser Erfolg wohl kaum sein. Viele dieser Bemühungen richten sich an den einzelnen Verbraucher; der soll jetzt auf einmal manches tun, das in seinem Gedankentriebe bisher keinen Platz hatte. Bei der Hülle des Neuen, das auf den Konsumenten einströmt, ist eine gewisse Verwirrung sehr erklärlich. Mag er auch immer den besten Willen haben, sich in das Neue einzufügen, er wird doch manchmal seinen guten Vorsätzen untreu werden. Dem einzelnen Konsumenten fehlt der Sinn für die Einordnung seiner Person in Verhältnisse, die für die Allgemeinheit Gültigkeit haben. Der einzelne Verbraucher weiß nicht, was Organisation ist und soll jetzt plötzlich allen Forderungen organisierter Lebensweise gerecht werden. Er würde, wenn nicht gesetzlicher Zwang sein Verhalten regelte, manches Mal versagen, bis ihm die Bedeutung des Gemeinschaftsgedankens klar geworden ist.

Anders steht es mit dem organisierten Verbraucher. Ihm sind wirtschaftliche Maßnahmen zum Wohle der Gesamtheit nicht fremd; seine Genossenschaft lehrt ihn, sein eigenes Wohl im Wohl-ergehen einer Gesamtheit von Verbrauchern zu finden. Sollte dieses Beispiel nicht dazu dienen können, jenen einzelnen Verbraucher das Verständnis für die Erfordernisse der Zeit leichter zu übermitteln? Der Erfolg wird bei der Organisierung der Lebensmittelverföorgung doch sicher größer sein, wenn man den Bau von unten auf beginnt. Der einzelne gebe sich den Rückschlüssen der Organisation, und er wird sich leichter einordnen. Wo man auch hinsieht, die erfolgreiche Tat ist allein

an das Wirken der Organisation gebunden. Also muß eine wirklich durchgreifende Fürsorge zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes mit der Organisation jedes Verbrauchers beginnen.

## Aus unserem Beruf.

**Der Kriegsaussschuß für das deutsche Bapierfach** hat in seiner Sitzung am 30. Januar bereits über die „Arbeiterfragen“ verhandelt, wie in seiner vorhergehenden Sitzung am 13. Januar (siehe Nr. 6 der „B.Z.“) beschlossen war. Es wirkt außerordentlich befremdend, daß der Kriegsaussschuß über diesen Punkt verhandeln konnte, ohne auch nur einen einzigen Vertreter der Arbeiterschaft dabei zu hören, obwohl in der Sitzung selbst noch angeregt wurde, die Arbeiterorganisationen für die Angelegenheit zu interessieren. Nach dem uns vorliegenden Bericht ist niemand aus der Versammlung auf diese Anregung eingegangen. Diese Berichte gehen uns fast immer mit außerordentlicher Verspätung zu. So erhielten wir den endgültigen Bericht vom 13. Januar mit der Ankündigung über die bevorstehende Behandlung der Arbeiterfragen erst zu einer Zeit, als die folgende Sitzung bereits vorbei war. Dadurch mußte der Antrag unseres Verbandsvorstandes, zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden, naturgemäß zu spät kommen.

Aus den Verhandlungen zitieren wir — kurz zusammengefaßt — das Folgende:

Herr Krause bemerkt, daß der Mangel an männlichen Arbeitskräften zurzeit ungewöhnlich stark sei, namentlich seien Spezialarbeiter überhaupt nicht zu bekommen. Von allen männlichen Arbeitern, welche in irgendeiner Form für Kriegsarbeiten geeignet seien, würden erhöhte Lohnforderungen gestellt. Arbeitslosigkeit gäbe es in Berlin nicht mehr, und deshalb liege heute keine Veranlassung mehr vor, Notstandsarbeiten durch die Gemeinden vornehmen zu lassen. Diese Arbeiten entzögen der Industrie die notwendigen Arbeitskräfte.

Diese Ausführungen finden allgemeine Zustimmung. Herr Haager kann nach dem Ergebnis seiner Umfrage die Ausführungen des Herrn Krause, soweit Berlin in Frage kommt, durchaus bestätigen; dagegen lauten die Antworten auswärtiger Firmen wesentlich anders. Es wird außerhalb Berlins nicht nur ein Arbeitermangel in Abrede gestellt, sondern teilweise sogar von einem Ueberfluß an Arbeitskräften gesprochen. So ziemlich überall wird aber über den Mangel an Spezialarbeitern geklagt.

Herr Kommerzienrat Steinbock befragt die Ausführungen des Herrn Krause auch für die Verhältnisse in der Papiermanufaktur und betont, daß die Notstandsarbeiten der Gemeinden zurzeit durchaus schädlich seien.

Herr Dr. Kubay führt aus, daß in den großen Städten und auf dem ländlichen Lande ein großer Mangel an Arbeitern herrscht, während in den mittleren und kleineren Städten zum Teil noch ein gewisser Arbeiterüberfluß vorhanden ist. Es fehle an dem richtigen Arbeiterausgleich über das ganze Deutsche Reich. Die Berliner Notstandsarbeiten, deren Interessen Herr Dr. Kubay auch mit wahrnimmt, haben sich mit der Arbeiterfrage befaßt und an die Magistrate von Berlin und den umliegenden Städten Eingaben gerichtet, etwaige Notstandsarbeiten sowie alle nicht dringlichen öffentlichen Arbeiten einzustellen, für vermehrten Zufluß von Arbeitswilligen aus den kleineren Städten zu sorgen und an

solche Leute, die ohne Schwierigkeit jetzt ihren reichlichen Tagelohn verdienen können, keine Arbeitslosen oder sonstige Unterstützung zu suchen. Auch die Wohlfahrtsorganisationen müssten darauf aufmerksam gemacht werden.

Die Berliner Kohlenhandelsfirmen haben sich, um den Stamm ihrer Arbeiter zu erhalten, mit dem Transportarbeiterverband verständigt. Die Regelung der Löhne sei eine Angelegenheit für sich. Diese Frage soll gegebenenfalls in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Herr Dr. Hagelberg bemerkt, daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit sich aus der Tatsache ergebe, daß 1. in im Schutzverband Deutscher Zeindruckereibesitzer die Fälle, wo Unterfügungen wegen Arbeitslosigkeit gewährt werden, immer seltener geworden sind. (Dabei hatte der Zeindruckerverband am Jahresabschluss noch über 2000 Arbeitslose. D. M.)

Herr Dr. Cohn empfiehlt, die Arbeiterorganisationen für die Angelegenheit zu interessieren, da diese kein Interesse daran haben, Unterfügungen auszugeben, wenn Arbeitsangebot vorhanden sei. Ferner ist gegen die generelle Aufhebung der Notstandsarbeiten.

Herr Krause bemerkt, die Gemeinden würden sehr froh sein, wenn sie erfahren, daß die Voraussetzungen, unter denen die Notstandsarbeiten in Angriff genommen wurden, inzwischen in Befall gekommen seien. Er führt einige Beispiele an, welche hohen Löhne bei der Papierverarbeitung entgegenen männlichen Arbeitskräfte in den für den Heeresbedarf arbeitenden Betrieben erhalten (60 bis 70, ja 100 M. in der Woche.) (D. M.) Gerade die gewaltige Ausdehnung der Arbeiten für den Kriegsbedarf mache die Notstandsarbeiten mehr und mehr entbehrlich, wenigstens soweit es sich um Groß-Berlin handle.

Wie notwendig es gewesen wäre, daß auch Vertreter der Arbeiterschaft an der Sitzung teilgenommen hätten, das zeigte recht deutlich diese Verhandlungen, bei denen man von grundsätzlichen Voraussetzungen ausging. Die Regelung der Löhne sei eine Angelegenheit für sich, wurde dort gesagt und man muß auf Grund des vorliegenden Berichts logisch ergänzen: „und das mit der Beschaffung von Arbeitskräften nichts zu tun“. Wir brauchen es unseren Mitglieðern nicht zu sagen, daß das Lohnangebot bei der Beschaffung von Arbeitskräften die ausschlaggebende Rolle spielt. Der deutsche Arbeiter ist glücklicherweise so diszipliniert, daß er auch jetzt in Kriegszeiten und unter dem Einfluß des Burgfriedens sich nicht alle auf Lohndruck abzielenden Maßnahmen gefallen läßt. Das soll heißen: Man biete dem Arbeiter einen Lohn, mit dem er leben kann und vermeide peinlichst unternariffliche Angebote, dann wird man auch genügende Arbeitskräfte vorfinden. Wir können eine ziemlich lange Liste von Firmen aufstellen, die die jegliche Kriegszeit und damit Arbeitslosennot benutzen, um die seitherigen Löhne und selbst vertragliche Bestimmungen glatt unter den Tisch fallen lassen. Und unter diesen befinden sich sogar staatliche Betriebe!

Die Behandlung der Arbeiterfrage auf dieser falschen Grundlage führte naturgemäß auch zu einem falschen Schluß und man kann wirklich — auf die Verhandlungen gestützt — sogar annehmen, daß sich unter dem harmlosen Titel etwas weit Ernstes verbergen sollte. „Es gibt keine Arbeitslosennot, staatliche und kommunale Notstandsarbeiten sind darum überflüssig und — selbstverständlich auch die staatliche und kommunale Unterstützung der Arbeitslosen,“ das war so der Grundton der Verhandlungen, die sich zu dem einzigen Beschluß verwickelten, „für eine vernünftige Einschränkung der Notstandsarbeiten der Behörden an zuständiger Stelle einzutreten“.

**Unsere Luxuspapier-Industrie und der englische Markt.**

In der Wiener „Papier- und Schreibwaren-Zeitung“ lesen wir:

„Das bedeutendste Fachblatt des Papier- und Schreibwarenhandels in England, die Londoner „The Stationery World“, bespricht in ihrer Septembernummer, also zu einer Zeit, wo die politische Presse Großbritanniens den Haß gegen die verbündeten Kaiserreiche mit den verwerflichsten Mitteln der Lüge und Verleumdung schürte, die Wirkung des Krieges auf den Ansichtskartenhandel in England. Der betreffende Artikel ist vollständig frei von jeder Feindseligkeit gegen Deutschland und Oesterreich und gibt ein solches Bild von der Gesinnung der ruhig

denkenden englischen Geschäftswelt, daß nach Ansichtsluß die leichte Wiedereroberung dieses Abgabegbietes zu erwarten ist. Das genannte Fachblatt schreibt: „Die Wirkungen des Krieges zwischen England und Deutschland werden viele uns bekannte Firmen unmittelbar und schwer treffen; wir hoffen jedoch, nicht unheilbar. Wir brauchen unsere Leser nicht erst daran zu erinnern, wie abhängig wir von Deutschland und Oesterreich bei sehr vielen Erzeugnissen sind, dergleichen wir in England und Schottland nicht erzeugen. Tatsächlich haben jene, die nicht hinter den Kulissen tätig sind, nur eine sehr geringe Vorstellung davon, bis zu welcher Ausdehnung wir an Deutschland und Oesterreich gebunden sind bei den vollendeten Farbendrucken. Die besonders in unseren Weihnachts- und Neujahrspublikationen eine so große Rolle spielen. Ohne Groll und Eiferjucht müssen wir sagen, daß wir die prächtigen Maskarten, Kunstblätter und Ansichtskarten, die wir seit jeher aus Deutschland und Oesterreich bezogen haben, bei uns in England in gleicher Ausführung nicht herstellen können. Die Herren, die seit vielen Jahren mit diesen unergleichlichen Arbeiten zu uns kommen, sind uns persönlich bekannt, und sie sehen bei uns wegen der vornehmen Art, in der sie ihr Geschäft betreiben, in höchstem Ansehen. Es ist augenblicklich gar nicht möglich vorauszusagen, welchen Einfluß bei uns die Wirren auf den Absatz von Weihnachts- und Neujahrskarten ausüben werden. Freilich werden auch die deutschen und österrichischen Fabrikanten und Verleger den Entfall des englischen Absatzgebietes schwer empfinden. Indessen freuen wir uns außerordentlich, wahrzunehmen, daß trotz des unkontrollierbaren Werteverfallens mancher Händler die Mehrheit der Käufer in optimistischer Stimmung und voll Hoffnung sind, daß die Wirren ein baldiges Ende finden werden. Wir brauchen kaum zu betonen, daß dies ein Wunsch ist, den wir ohne Rücksicht unterschreiben. Wir möchten den Käufern nahelegen, daß es wirklich nicht nötig ist, im Augenblick an Veurnubigung oder gar Rückziehung gegebener Aufträge zu denken. Viel mag sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ereignen, aber die überraschendste Erscheinung ist es heute, daß der allgemeine Handel des Landes so hüßig weiterläuft.“

Diese Auslassung klingt allerdings wesentlich anders als die oft sinnlosen Bemerkungen der englischen Tagespresse über die völlige Zerstörung der deutschen Industrie.

**Staatlich organisierte Kinderarbeit.**

Einen solchen Weg betritt das österreichische Unterrichtsministerium, indem es folgenden Erlaß bekanntgibt:

„Nach den gewonnenen Erfahrungen hat sich die Verwendung von Papierrollen und Papierfäden als Kälteschutzmittel für Soldaten im Felde bewährt. Bei der großen Willigkeit und Wichtigkeit der Anfertigung erscheinen diese Schutzmittel für die Kassenherzeugung besonders geeignet. Um die wünschenswerte tunlichst rasche Herstellung dieser Kälteschutzmittel in großen Mengen auf möglichst breiter Grundlage zu sichern, wird angeordnet, daß an allen Volks- und Bürgerschulen, an den Lehnungsschulen sowie an den Lehrern- und Lehrerinnen- Bildungsanstalten beim Unterricht in den weiblichen Handarbeiten, dann beim Handfertigkeitsunterricht und allenfalls auch sonst bei geeigneten Gelegenheiten in Unterrichtsbetrieben, weiter in Werkstätten, in den Kindertagesstätten und dergleichen von den Kindern und Pädagogen Papierrollen, und wo sogenanntes Billrothpapier vorhanden ist, auch Papierfäden hergestellt werden. Die Papierrollen sind aus etwa vierfach übereinandergelegtem Zeitungspapier gefaltet, ohne Knoten in den Röhren einer größeren Stiefelsohle anzufertigen. Die von den Schülern hergestellten Papierrollen und Papierfäden sind von den Leitungen der Anstalten in angemessenen Zeitabschnitten an die Winterfürsorgestelle der Statthalterei einzufenden.“

Der Erlaß läßt die Herstellung dieser Papierrollen und -fäden durch die Industrie vollständig außer Betracht, sehr zum Schaden der Arbeiterschaft, denn auch in Oesterreich herrscht noch eine ganz allgemeine Arbeitslosennot. Auch wenn es sich — wie im vorliegenden Falle — um die denkbar einfachste Arbeit handelt, sollte die Beschäftigung von Schulkindern mindestens erst dann in Erwägung gezogen werden, wenn diese Arbeit auf andere Weise und durch freie Arbeitskräfte nicht erledigt werden kann.

**Preiserhöhungen.**

Die Pappenfabriken machten bekannt, daß sie ihre Verkaufspreise erheblich erhöhen müssen. Die hauptsächlichsten Rohmaterialien, wie Holz usw., seien bedeutend gestiegen, die Kohlenzufuhr wäre unregelmäßig, zur Fabrikation gebrauchte Materialien, wie Filz usw., seien bis zu 100 Proz. teurer geworden. Auch Mangel an Arbeitskräften gestalte nicht den sonst üblichen ununterbrochenen Tag- und Nachtbetrieb.

In diese Anführung knüpfte die Handelsredaktion des „Berliner Tageblatt“ folgende unserer Auffassung nach sehr zutreffende Betrachtung:

Ob die erhebliche Preissteigerung für Pappen gerechtfertigt ist, erscheint fraglich, denn die Preise für Papierholz haben während des Krieges keine Steigerung erfahren, wenn sie auch wohl vorher etwas angezogen hatten. Wer jetzt allerdings auf den Bezug von Holz aus dem Ausland angewiesen ist, muß höhere Preise zahlen. Wenn ferner die unregelmäßige Kohlenzufuhr mit als Grund für die Maßnahme der Pappenfabriken angeführt wird, so muß entgegen werden, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung war, die ihre Ursache hauptsächlich in den Truppenverschiebungen hatte. Die Preissteigerung für Filz usw. können nicht in Betracht kommen, da sie im Verhältnis zu den Produktionskosten zu gering sind. Was endlich die Arbeiterfrage anbelangt, so ist zu bedenken, daß zur Pappenfabrikation nur sehr wenig gelernte Kräfte nötig sind und an ungelerten Arbeitern doch kaum Mangel bestehen dürfte. Schließlich ist zu bedenken, daß die gesamte Papierindustrie vor dem Kriege an Ueberproduktion zu leiden hatte und sehr große Lager vorhanden waren. Wenn die Pappenindustrie auch wohl von den vielen Feldpostsendungen profitierte, so dürfte diese Beförderung in der Gesamtlage eine erhebliche Erhöhung der Verkaufspreise nicht rechtfertigen, zumal da die größte Nachfrage nach Pappen für diese Zwecke vorüber sein dürfte.“

Diese Einwendungen vermochten natürlich die Steigerung der Pappenpreise nicht aufzuhalten und die weitere Folge zeigte sich bereits in der nachstehenden Bekanntmachung des Schutzverbandes Berliner Kartonfabrikanten:

„Infolge der Erschwerung und Verknüpfung jeder Fabrikation haben die Pappenfabriken ohne vorherige Anzeig ihre Preise plötzlich ganz beträchtlich erhöht. Da auch alle anderen Erzeugungskosten durch den Krieg gestiegen sind, können die Berliner Kartonfabriken gleichfalls nicht mehr ohne entsprechenden Zuschlag liefern und sehen sich genötigt, die Preise für Glas- und Pappkartons um 15 v. H. zu erhöhen.“

Es ist anzunehmen, daß diese Erhöhung nicht nur auf Berlin oder einzelne Kartonarten beschränkt bleibt, und darüber werden sich alle Beteiligten klar sein, daß damit die Kartonagenbranche eine weitere Hemmung erfahren dürfte. Trotz des Burgfriedens ist aber wohl der Hinweis gestattet, daß es der Arbeiterschaft noch nie möglich war, durch ein einfaches Defret ihr Einkommen mit den gesteigerten Lebenskosten in Einklang zu bringen.

**Nachklang zur Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig.**

Wie die Fachpresse berichtet, kann der Reichtum der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig durch die voll eingehendsten Birgichaltsleistungen noch immer nicht gedeckt werden. Wie es heißt, müßten der Leipziger Verlagsbuchhandel und sonstige beteiligte Kreise noch große Opfer bringen, trotzdem schon der Staat und die Stadt Leipzig in weitgehendem Maße helfend eingegriffen haben.

**Zügelungs-Pflege und Bücherbinden.**

In Dresdener Zeitungen wird bekanntgegeben, daß die dortige Mädchenortsguppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland einen neuen Kursus in Säuglingspflege am 15. Februar (wöchentlich an zwei Abenden je zwei Stunden) und im Buchbinden am 16. Februar (ebenfalls wöchentlich an zwei Tagen je zwei Stunden) beginne. Ersterer verurfahrt die Teilnehmerin 5 M., letzterer 8 M. Kosten. — Diese Zusammenstellung ist mindestens originell, es will uns aber doch scheinen, daß uns unter Verzug zu sagen ist, um zum Loschlagen der überflüssigen Zeit etlicher gelangweilter Dämonen zu dienen. Oder will der Verein für das Deutschtum im Ausland mit seinem Kursus den Nachweis erbringen, daß man in die Kunst des Bücherbindens in sechs- bis achtmal zwei Stunden eindringen kann? Das Ausland dürfte vor dem Resultat einer solchen Pflege des Deutschtums einen höllischen Respekt haben. Wir empfehlen den beteiligten jungen und älteren Damen, sich mit dem ersten Kursus zu bescheiden. Er dürfte zweckentsprechender und wohl auch notwendiger sein.



**Rundschau.**

× **Zusammenschluß und Moral.** Von Kriegsgreueln läßt man jetzt oft, die verübt sein sollen. Mögen sie nun geschehen sein oder nicht: Das ist gewiß, daß der Krieg in gewissem Maße verrohend auf den Menschen einwirkt, wenigstens auf den Menschen, der innerlich nicht genügend gefestigt, in dem die natürliche Moral nicht tief genug wurzelt. Und weil die Moral, die innerlich im Menschen steht, von so großer Bedeutung ist, so können wir sicher sein, daß all die Hunderttausende, die durch die Schule der Gewerkschaft gegangen sind, die so durch ein gemeinsames organisatorisches Band verbunden sind, daß all die sich im Kriege so führen, wie es sich für Kulturmenschen ziemt. Denn Organisation und Moral sind Begriffe, die sich nicht trennen lassen. Wer sich zum Organisationsgedanken durchgerungen hat und im Geiste der Organisation weiterlebt, der hat sich auch zur Moral entwickelt und kann nicht anders leben als moralisch.

Diese Wahrheit finden wir in interessanter Weise bestätigt, wenn wir die Natur und ihre Entwicklung betrachten. Auf je niedriger Stufe der organisatorischen Entwicklung die Menschen stehen, auf um so niedriger Stufe der Moral stehen sie auch. Am unmoralischsten lebt der Einzelmensch, jener Mensch der Urzeit, der von einem Zusammenschluß, wenn auch noch so eng begrenzter Art, keine Ahnung hat. Und auch in der Tierwelt können wir diesen Zusammenhang zwischen Zusammenschluß und Moral erkennen. Die neuen Forschungen haben uns gezeigt, daß es viele Tierarten gibt, die bereits den Zusammenschluß kennen. Sie lehren uns aber auch, daß diese Tiere ein planmäßiges, friedliches Gemeinshaftleben führen und damit ohne Zweifel eine gewisse Tiermoral besitzen, während die einzeln lebenden Tiere sehr streitsüchtig sind und nicht die Spur jener Moral der gemeinsam lebenden Tiere kennen.

So ist es nicht verwunderlich, wenn der Mensch, der sich zu einer höheren Organisation entwickelt hat, im Durchschnitt ein gewisses Maß höherer Moral besitzt. Muß da nicht ein noch höherer Grad von Moral dem Organisationsgedanken innewohnen, den wir in unserer Gewerkschaftsbewegung kennen? Wem gilt der Zusammenschluß im heutigen Gemeinshaftleben? Zunächst jeder doch an sich selbst, an seinen eigenen Gewinn. Erst indirekt hat das Ganze den Nutzen. Der Zusammenschluß, wie ihn die gewerkschaftliche Bewegung darstellt, gilt aber zunächst dem Wohle des Ganzen.

Ueber allem das Ganze. Das ist der Geist unseres Zusammenschlusses, der darum den höchsten Moralgedanken in sich schließt. Er bringt den Menschen dem Menschen näher, läßt alles verstehen und alles verstehen. Unser Zusammenschluß ist der Organisationsgedanke in seiner edelsten Form, er hat darum auch den tiefsten moralischen Wert. Und darum ist es auch, wenn man tiefer schaut, moralische Pflicht, ihm anzuhängen, und all die Hunderttausende, die ihm bereits seit langem treu sind, werden jetzt draußen im Felde durch die Tat zeigen, daß sie Gewerkschaftler sind, also Vertreter des höchsten Organisationsgedankens, und das heißt in unserem Sinne: moralisch.

**A. C. Womenschau.** Mit der 27. Kriegswache tritt der Krieg in eine neue Phase der Entwicklung: Deutschland erarbt die Offensive gegen England auf maritimem Gebiete, indem es die Gewässer rings um Großbritannien und Irland mit Einschluß des gesamten englischen Kanals als Kriegsschauplatz erklärt. Deutschland hat wahrhaftig lange genug gewartet, bis es gegen den Handelskrieg Englands wirksame Waffen ergriff. Wenn in den neutralen Ländern sich über dieses Vorgehen Deutschlands Entrüstung zeigen sollte, so wird man nur bedauern können, daß diese Entrüstung sich nicht in einem früheren Stadium des Krieges schon gegen England gezeigt hätte. Die Neutralität der Vereinigten Staaten z. B. bestand darin, daß sie den englischen Handelskrieg gegen Deutschland so wirksam wie möglich unterstützten, die Unterbindung des Verkehrs zwischen Deutschland und Amerika ruhig hinnahmen, um dafür um so mehr den Verkehr zwischen Amerika und den Feinden Deutschlands zu pflegen. Auch sonst hat die Geschichte dieses Krieges gezeigt, daß die sogenannte formale Neutralität in

eine erstaunliche tatsächliche Abhängigkeit von England ausließ. Wenn es den neutralen Ländern freier nicht möglich war, ihre wirtschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit England gegenüber zu wahren, so mögen sie sich nunmehr nicht wundern, wenn Deutschland die Zufuhr nach England zu unterbinden sucht. Mit seinen Ulfersbooten wird es die Schifffahrt von und nach England zum Erlahmen bringen. Wenn die neutralen Länder gegen dieses Vorgehen Deutschlands ernsthafteste Einwendungen machen sollten, so werden wir sie an die Adresse Englands zu wenden; erst möge England seine Maßnahmen zur Aushungerung Deutschlands zurücknehmen, bevor wir daran denken, die Blockade Englands rückgängig zu machen. Dieser Standpunkt ist so einleuchtend, daß gegen seine Logik überhaupt nicht anzukämpfen ist. Bis 18. Februar haben die Neutralen Zeit, sich auf die neuen Eventualitäten einzurichten. Schon die Ankündigung der Blockade hat aber bereits genügt, das Aufhören verschiedener Schiffsverbindungen herbeizuführen, und die deutschen Ulfersboote werden dafür Sorge tragen, daß England ebenso vom Weltmarkt abgeschnitten wird, wie es England bis jetzt gelungen ist, Deutschland zu isolieren. Wenn dieser Vorstoß schärfere Treffen wird, das wird die Zukunft lehren.

Wir haben uns bis jetzt in die durch England herbeigeführte Situation zu finden vermocht. Wir müssen mit den vorhandenen Vorräten an Rohzeugnissen und Rohstoffen aller Art hausälterisch umgehen und finden es ganz in der Ordnung, daß der Staat die Regelung der sonst privatwirtschaftlich betriebenen Versorgung mit Getreide und Brot vornimmt. Es wird dafür Sorge getragen, daß auf jeden Kopf ein Vorrat von 2 Kilogramm Brot in der Woche kommen soll. Offentlich gelingt es, diese Regelung allüberall auch wirklich durchzuführen.

Die neue Offensive der Deutschen im Osten, die die 28. Kriegswache gebracht hat, ruft in Frankreich und England große Verwirrung wach. Die französische Presse bezeichnet die Schlacht im Osten als eine kriegerische Unternehmung allergrößten Stils, deren Ausgang die Ereignisse auf allen Fronten entscheidend beeinflussen werde. Sie glaubt natürlich nicht an den Erfolg der deutschen Waffen, hält vielmehr einen Durchbruch der russischen Stellungen für ausgeschlossen, obwohl die Fortschritte der Deutscher in den Karpaten und in der Bukowina recht kleinlaut zugegeben werden müssen. Im Vergleiche mit den Vorgängen im Osten herrscht auf dem westlichen Kriegsschauplatz Ruhe. Dagegen ist man in England im Hinblick auf die angeländigte deutsche Offensive zur See sehr nervös und unruhig geworden. Auch die neutrale Welt läßt sich nicht darüber, daß es sich hier um keine bloße Drohung handelt, sondern daß der deutsche Ulfersbootkrieg den englischen Handel und auch die neutrale Schifffahrt von und nach England zum Erlahmen bringen wird.

Ein Glück für Deutschland, daß es in diesen Zeiten aus eigener Kraft bestehen kann und daß seine Landwirtschaft die Verproviantierung des ganzen Volkes gewährleistet. Wenn wir uns auch jetzt an große Sparanstrengungen gewöhnen müssen, dann nimmt das deutsche Volk diese Einschränkungen in seiner Gesamtheit doch gern auf sich, da von wenigen Ausnahmen abgesehen der Wille zum Durchhalten alle Schichten der Bevölkerung erfüllt. Man mag über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der behördlichen Brotverforgung denken wie man will, bewundernswert bleibt es immerhin, wie wir inmitten des Krieges die Lösung einer Aufgabe durchzuführen versuchen, die jeder Privatwirtschaft ein auskömmliches Quantum Brot während der Kriegszeit sichern will. Man wundert sich manches Mal, daß diese Regelung erst im 6. Kriegsmonat erfolgt, man hätte schon früher damit beginnen müssen, wenn die Maßnahmen ihre volle Wirkung haben sollten. Das ist leicht gesagt, aber man muß auch erörtern, daß die maßgebenden Kreise zunächst mit solchen Eingriffen in das private Wirtschaftsleben gar nicht rechnen, sondern daß sie erst allmählich in Konsequenz ihres Eingreifens in die freie Preisbildung zu den radikalen Schritten sich heranlassen haben. Wenn nun der Brotkonsum staatlich geregelt und mit den Getreidevorräten weit über den nötigen Grad hinaus gespart wird, dann schadet es auch nichts, wenn sich später herausstellen sollte, daß die Vorräte wegen der Getreideverföderung übertrieben gewesen sein sollten. Dann würden wir eben schon für das Jahr 1915/16 vorgeplant haben und selbst bei einer weniger guten Ernte 1915 ruhig in die Zukunft blicken können. Die Vorratserhebungen haben das erstmal Ergebnis gebracht, die für den, der sich mit ihnen zufriedener gab, in der Tat Vorräte erweisen mußten. Die Gemeinde Plafau z. B., die statt 1456 Zentner Getreide nur — 128 als Vorrat angab, ist ja sicherlich ein Ausnahmefall, aber daß ein großer Prozent-

satz der Vorräte nicht ermittelt wurde und auch bei der neuesten Erhebung nicht ermittelt wird, das kann man getrost behaupten.

**Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände** fand am 8. und 9. Februar in Berlin statt. Sie nahm zunächst den Bericht der Generalkommission entgegen, wobei besonders die Durchführung der mit der Partei getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Gehaltsverzichte während des Krieges und die mit den verschiedenen Ressorts der Regierung gepflogenen Verhandlungen über die Regelung innerer Kriegshilfsangelegenheiten Anlaß zu längeren Beratungen boten. In der ersten Angelegenheit wurde erneut beschlossen, daß die getroffenen Vereinbarungen strikte durchgeführt werden sollen, und daß den Familien der zum Seeresdienst einberufenen Angestellten die Hälfte des vor dem Kriegsausbruch zustehenden Gehalts gezahlt werden soll. In Sachen der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges wurden die mit den verschiedenen Ressorts geführten Verhandlungen und getanen Schritte gebilligt, insbesondere auch die Beteiligung an den vom preussischen Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkursen über Volksernährung, und der Generalkommission anbeigegeben, auf Abstellung verschiedener Mängel, die beim ersten dieser Kurse zutage traten, bei der Regierung hinzuwirken.

Im besonderen beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der gesetzlichen Neuorganisation der Arbeitsvermittlung, für deren weitere Beratung auf den 10. Februar eine Konferenz einberufen war, zu der auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen sowie sozialpolitische Organisationen, Arbeitsnachweisverbände und zuständige amtliche Stellen zur Beteiligung eingeladen worden sind. Die Verhandlungen der Vorstandskonferenz ergaben das allseitige Einverständnis der Gewerkschaften mit dem geplanten Vorgehen, eine gesetzliche oder bündersrätliche einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung noch während des Krieges herbeizuführen, um die kommunale Arbeitslosenfürsorge wirksam durchführen zu können und dem mit Beendigung des Krieges zu erwartenden kolossalen Andrang von Arbeitskräften entgegen zu sein. Die von einer vorbereitenden Kommission aufgestellten Leitsätze, die die allgemeinen Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und die grundlegenden Auffassungen der Gewerkschaften darlegen sollen, wurden mit geringen Änderungen angenommen.

Sodann nahm die Konferenz zu der Frage der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Fürsorge für die Kriegsinvaliden Stellung. In einer eingehenden Referat wurde über die auf diesem Gebiete von verschiedenen Kreisen geleisteten Vorarbeiten Aufschluß gegeben und auf die große Bedeutung dieser Frage für die Gewerkschaften hingewiesen. Auch hier stimmte die Konferenz der Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Fürsorge zu und beauftragte die Generalkommission, in diesem Sinne bei der Reichsregierung, die jetzt die Leitung dieser Fürsorge in die Hand genommen hat, tätig zu sein.

Hinsichtlich der neuerlichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, welches die von den Gewerkschaften an deren Mitglieder gezahlte Krankenunterstützung auf die Leistungen der Krankenkassen anzurechnen entschieden hat, wurde die Generalkommission ersucht, auf eine anderweitige gesetzliche Regelung der Rechtslage hinzuwirken. Im Falle des Nichterfolges dieser Bemühungen werden die Gewerkschaften zu einer Neuregelung ihrer Satzungen Stellung nehmen.

Durch den Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte aus einer der Generalkommission ange-schlossenen Gewerkschaft in die andere nicht stattfinden dürfen, haben sich Meinungsverschiedenheiten bei einigen Verbänden wegen der vor Kriegsausbruch geltenden Beiträge und Beschlüsse ergeben. Insbesondere befanden solche zwischen den Verbänden der Guttmacher und der Bauarbeiter wegen der alljährlich im Winter in Strohhutfabriken beschäftigten Bauarbeiter, die früher regelmäßig in den Gut-arbeiterverband übertraten. Die Konferenz war der Auffassung, daß das Uebertrittsverbot während des Krieges generell gelten solle und nicht aufgehoben werden könne; doch wurde dem Vorstand des Bau-arbeiterverbandes empfohlen, im Falle der Gut-arbeiter die frühere Vereinbarung zu berücksichtigen. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Angelegenheiten.

**Arbeitsmarkt.**

Nach einem Beschluß des Verbandsvorstandes soll durch diese vorläufig ständig erscheinende Rubrik eine schnelle Vermittlung von Arbeitskräften ermöglicht werden. Alle offenen Stellen sind deshalb schnellstens den örtlichen Bevollmächtigten oder Arbeitsnachweisen zu melden. Wenn die Stellen von Arbeitslosen am Ort nicht besetzt werden können, dann ist bis Dienstags früh hierher Mitteilung zu machen. Zu dieser Meldung sind nur unsere örtlichen Bevollmächtigten oder Arbeitsnachweise berechtigt. Neben der Meldung an die „Buchbinder-Ztg.“ haben sich die Bevollmächtigten oder Arbeitsnachweise auch an diejenigen Zahlstellen zu wenden, in denen Arbeitslose gemeldet sind, die Stellung nach auswärts annehmen.

**Verlangt werden:**

(Alle Anfragen wegen offener Stellen sind nur an die Bevollmächtigten der bezeichneten Orte zu richten, soweit nichts anderes besonders angegeben ist.)

Stuttgart: 3 Buchbinder.

Präslau: 1 Buchbinder für Leuderei. 1 Sortimentsbuchbinder.

Bielefeld: 10 Buchbinder (vortwiegend auf Schulbücher und Poeticalben).

Hamburg: 1 Buchbinder nach Harburg. 1 Buchbinder nach Varel i. Oldenburg. 1 Buchbinder nach Elmshorn. 1 Buchbinder nach Geesthacht. 1 Buchbinder nach Flensburg.

Leipzig: 7-8 Buchbinder (für Bekleidemaschine) nach Kottbus. 1 Buchbinder nach Kamenz i. S. 1 Freßbergolder nach Schleiz. 1 Buchbinder nach Witterfeld.

Magdeburg: 1 Freßbergolder. 2-3 Buchbinder.

**Stellung suchen:**

(Nur solche Arbeitslose sind hier anzugeben, die Arbeit nach auswärts annehmen wollen. Meldung nur durch die Bevollmächtigten oder Arbeitsnachweise.)

**Abrechnungen**

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 15. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Brandenburg mit — Mr., Potsdam-Romawas — Mr., Bromberg 74,68 Mr., Bielefeld — Mr., Gotha — Mr., Gau X 475,22 Mr., Warmen-Eberfeld — Mr., Düren — Mr., Düsseldorf — Mr., Essen 200,— Mr., Oagen — Mr., Herlohn — Mr., Lüdenscheid — Mr., Kalkenstein — Mr., Blaun — Mr., Gau XIII — Mr., Mannheim-Ludwigshafen — Mr., Heilbronn — Mr., Karlsruhe — Mr., Mülhausen i. Elz. — Mr., Neutlingen — Mr., Straßburg 100,— Mr. und von Schweinfurt mit — Mr.

Nach nicht abgerechnet haben: Ludenwalde, Hildesheim, Minden i. W., Osterfeld, Auhla, Saalfeld, Sonneberg, Wachen, Koblenz, Darmstadt, Hanau, Mainz, Oberwiesenthal, Heidelberg und Trier. G. Hauersen.

**Literarisches.**

Ein Volk in Waffen. Von Ewen Hedins. 192 Seiten, 32 Abbildungen (26 Photographien, 6 Zeichnungen). Feldpostausgabe 1 Mr. Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig. Der berühmte Forscher schildert die größten Eindrücke seines Lebens, wie er sie an der deutschen Westfront als Gast im Großen Hauptquartier, auf den blutgetränkten Schlachtfeldern, in den Schützengräben und Bivouacs, in den besetzten Gebieten Belgiens und Frankreichs im September und Oktober vorigen Jahres erlebt hat. Es ist den deutschen Soldaten gewidmet, es soll sie erheitern und erheben und ihnen ins Feld gefandt werden. Den Reichtum an Kriegsbildern, den Hedins an unseren Augen vorübergleiten läßt, bezeichnen 51 Kapitelüberschriften. Hedins Buch ist die politische Tat eines tapferen „Neutralen“, die ausländischen, besonders englischen Lügenfesseln in die Luft zu sprengen.

Die Hefte 16 bis 20 der „Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/15.“ Allgemeine Kriegszeitung. Wöchentlich ein Heft zum Preise von 25 Pf. Verlag der Union, Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Berlin, Leipzig, Wien. Die Hefte 16 bis 20 liegen uns vor.

Aus den Heftern erwähnen wir besonders die zahlreichen Artikel und Abhandlungen namhafter Mitarbeiter aus dem Heer, der Marine, den

Streifen der Wissenschaft und Technik: Die Gesundheit des Soldaten im Felde. — Maschinengewehre. — Die russischen Festungen. — Enver Pascha und das Eingreifen der Türkei in den Weltkrieg. — Unsere Haubizen. — Der Durchbruchversuch der französischen Sparmee. — Skofjak. — In den Kämpfen in den Argonnen. — Von Kunstbeilagen und doppelseitigen Textbildern nennen wir: „Begegnung Wilhelms II. mit dem deutschen Kronprinzen bei dem Dorfe Sorbey am 2. September 1914.“ — „Die Seeschlacht bei Coronel.“ — „Zusammenbruch der Attacke afrikanischer Jäger unter dem Feuer deutscher Landwehr bei Mülhausen am 20. August 1914.“ — „Aushebung des Landsturms in einem ungarischen Dorfe.“ — „Erstürmung des Forts Camp des Romains.“ — „Abwehr eines französischen Kavallerieangriffs an der Marne.“ — Sämtliche der genannten Artikel und Abhandlungen sind mit zahlreichen Abbildungen ausgestattet. Wie der Verlag mitteilt, werden weitere Heftern der verschiedenen Kriegsschauplätze den Heftern 21 und 22 beigegeben.

Kriegerrrenten. Führer für Kriegsinvaliden, Kriegerrwitwen und -Chefrauen, Waisen und ihre Ansprüche auf Versicherungsleistungen und Unterstüßungen. Von G. Krüger. Diese gesamten Unterstüßungsansprüche behandelt das Schriftchen, das vom Verlag W. Pfannkuch u. Co. in Ragdeburg heraus-

gegeben ist. Preis 40 Pf. Die Schrift soll für das Volk und für die Heim, die ihm hilfreich zur Seite stehen. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das Auffinden bestimmter Fragen. Bei der großen Unkenntnis über die Rechtsansprüche, durch die den Berechtigten nicht unerheblicher Schaden zugefügt wird, ist dem Schriftchen weite Verbreitung zu wünschen.

Die parteipolitischen Debatten der jüngsten Zeit haben bis jetzt schon eine Reihe Niedererschläge in Gestalt von Broschüren gefunden, in denen die Verfasser ihre Anschauung mit Nachdruck und mit mehr oder weniger Geschick und Durchschlagskraft darlegen. Eine Besprechung der Hefte erfolgt im Zusammenhänge; wir registrieren heute nur die folgenden Eingänge:

Krieg und Sozialdemokratie. Drei Aufsätze von Konrad Haenisch. Verlag: Auer u. Co., Hamburg. Preis 25 Pf.

Gegen die Quertreiber. Von Wolfgang Heine. Verlag: Volksblatt für Anhalt, Dessau.

Imperialismus und Demokratie. Ein Wort zum Weltkrieg. Von H. Laufenberg und Fr. Wolffheim. Verlag: Dr. H. Laufenberg, Hamburg. Preis 30 Pfennig.

Vor und nach dem 4. August 1914. Von T. Gorchard. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin-Nichtersfeld.

**Anzeigen**

**Gau 12.**  
Am 8. Februar starb in Eilenburg nach 4wöchiger schwerer Krankheit unser Kollege  
**Aron Göpel**  
im 47. Lebensjahre.  
Göpel war allen stets ein lieber Kollege und den jüngeren Kollegen Eilenburgs immer ein guter Berater in allen Berufs- und Organisationsfragen.  
Wir alle werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.  
Die Kollegen von Eilenburg.  
Die Bezirksleitung des Gau 12.

**Zahlstelle Erlangen.**  
Am 4. Februar starb unser lieber Kollege  
**Johann Lang**  
nach 7 monatigem Lungenleiden.  
Ehre seinem Andenken.  
Die Ortsverwaltung.

**Wegen Einberufung**  
gutgehende alte Buchbinderlei (ohne Laden), einzigste im Ort mit 10 000 Einwohnern, sofort zu verkaufen. Offerten an **Nich. Dornbusch, Leipzig-Plagwitz, Raumburgerstr. 35.**



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O.Th. Winckler, Leipzig**

**Zahlstelle Berlin.**  
Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Generalversammlung.**

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1914.  
2. Wahlen und Bestätigung der Funktionäre.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
4. Verschiedenes.  
Die Versammlung wird pünktlich 1/9 Uhr eröffnet.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.  
NB. Es fehlen uns immer noch eine ganze Anzahl Adressen unserer eingezogenen Mitglieder; wir bitten um umgehende Einsendung.